

# „Das Wort der Kirche ist nicht gekommen“ – Die evangelischen Kirchen und die Judenverfolgung im Nationalsozialismus

## 1. Vorbemerkung

Die menschenverachtende Brutalität des Nationalsozialismus äußerte sich bereits in dessen Sprache. Nach Auschwitz verbietet sich jeder unbefangene und unreflektierte Gebrauch der nationalsozialistischen Terminologie. Das gilt auch für Begriffe wie „Arier“, „Nichtarier“, „Halbjude“, „Volljude“, „Rassejude“. Diese Begriffe wurden von den Nationalsozialisten zu Unrecht mit dem Anspruch wissenschaftlicher Objektivität verwendet, als angeblich biologische Kategorien.<sup>1</sup> Auch der von den Nationalsozialisten häufig verwendete Begriff „Judenfrage“ (oder „Judenproblem“) muss wegen seines ideologischen Gehalts infragegestellt werden, denn er unterstellt, dass Existenz und Lebensrecht jüdischer Menschen ein Problem, also nicht selbstverständlich seien. Die genannten Begriffe werden deshalb im Folgenden von mir nur unter Vorbehalt verwendet und nur dann, wenn es das historische Zitat erfordert.

## 2. Das Verhalten der evangelischen Kirchen zur Judenverfolgung im Nationalsozialismus – dargestellt am Beispiel der Pogromnacht vom 9./10. November 1938

Nach dem Verhalten der evangelischen Kirchen, ihrer Mitglieder und ihrer Leitungen, zu fragen, heißt, nach dem Verhalten der Mehrheit des deutschen Volkes zu fragen. Denn als der Nationalsozialismus an die Macht kam, waren 97 % der Bevölkerung Kirchenmitglieder, davon 2/3 Protestanten.

Die deutsche evangelische Kirche, zu der im Jahr 1933 28 Landeskirchen ganz unterschiedlicher Größe gehörten, war natürlich kein einheitlicher Block. In ihr gab es unterschiedliche theologische, kirchenpolitische und politische Strömungen. Die wichtigsten Gruppierungen der evangelischen Kirche im Nationalsozialismus seien hier kurz benannt:

Durch die Kirchenwahlen von 1933 kamen in den meisten Landeskirchen die sog. Deutschen Christen (DC genannt) an die Macht, die offen für eine Gleichschaltung der Kirchen im Geist des Nationalsozialismus eintraten. Obwohl die Bewegung bald an Einfluss verlor, blieben DC-Leute bis 1945 in den meisten Kirchenleitungen an der Macht, weil es bis zum Ende des NS-Regimes zu keinen Kirchenwahlen mehr kam. Gegen die theologischen Irrlehren und gegen die am Nationalsozialismus orientierte Kirchenpolitik der „Deutschen Christen“ formierte sich die „Bekennende Kirche“ (BK). Mitte der 30er Jahre kam es aber zu immer stärkeren Spannungen zwischen den Flügeln der BK. In den sog. intakten Landeskirchen dominierte in der Regel der sog. gemäßigte Flügel der Bekennenden Kirche. Als „intakte“ Kirchen galten die nicht von Deutschen Christen regierten, meist bischöflich verfassten, Landeskirchen – dazu gehörte auch die hannoversche Landeskirche. Der gemäßigte Flügel der BK neigte immer wieder zu Kompromissen mit dem nationalsozialistischen Regime. In den sog. zerstörten Landeskirchen, in denen die DC regierten, war der kirchenpolitische bzw.

---

<sup>1</sup> Es gibt „keine biologische Berechtigung für solche Ausdrücke wie ‚arische Rasse‘ oder ‚jüdische Rasse‘. ‚Arisch‘ ist ein sprachwissenschaftlicher Ausdruck für eine sehr frühe Sprache. Der Nationalsozialismus verwendete in verfälschender Weise die Bezeichnung ‚Arier‘ für Menschen nichtjüdischer Herkunft. ‚Jüdisch‘ ist ein Ausdruck für eine Menschengruppe mit bestimmter religiöser Tradition, deren Angehörige in allen Völkern der Erde anzutreffen sind. (...) Man kann gewiß von der ‚jüdischen Religion‘ oder vom ‚jüdischen Volk‘ reden, aber niemals von der ‚jüdischen Rasse‘.“ (Ev. Arbeitskreis Kirche und Israel in Hessen und Nassau, Hg., Die Reichskristallnacht 9.11.1938, 4. erw. Auflage, Heppenheim 1988, S. 41).

politische Widerstand in der Regel stärker: Der entschiedene Flügel der BK, die sog. radikale BK, verstand sich als wahre Kirche in der erzwungenen Illegalität. Die Bekennende Kirche wurde von „Bruderräten“ geleitet.

Etwa 1/5 der evangelischen Pfarrer – also eine Minderheit – war im Rahmen der Bekennenden Kirche am Kirchenkampf beteiligt. Die Mehrheit der Pfarrer und der kirchlich Verantwortlichen überhaupt verstand sich im Kirchenkampf als „neutrale Mitte“ zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche.

Bei meinem Versuch, die Rolle der deutschen evangelischen Kirche im Blick auf die Judenverfolgung im Nationalsozialismus zu skizzieren, möchte ich mich zunächst auf den Novemberpogrom von 1938 konzentrieren, um dann zu grundsätzlicheren Aussagen zu gelangen. Die Pogromnacht am 9./10. Nov. 1938 war ja mehr als ein Datum unter vielen, sie war das erschreckende Wetterleuchten des Holocaust, der Schoah.<sup>2</sup> Von den rund 1800 Synagogen im Reichsgebiet von 1937 wurden im Novemberpogrom etwa 1400 zerstört. Da viele Synagogen unter dem Druck der politischen Verhältnisse von den kleinen und ärmer werdenden Gemeinden schon vorher abgebrochen oder verkauft worden waren, gab es nach dem Novemberpogrom nur noch sehr wenige Synagogen und Betsäle, die Juden zum Gottesdienst zur Verfügung standen.<sup>3</sup> Etwa 7500 Geschäfte wurden bei der staatlichen Terroraktion demoliert und geplündert. Hunderte von Juden kamen im Verlauf des Pogroms ums Leben. Nach dem 10. November wurden rund 30.000 jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt.

Aus der Fülle vorliegender Augenzeugenberichte geht eindeutig hervor, dass es Christen und Christinnen in Deutschland gab, die beschämt und empört waren über die Zerstörung der Synagogen und jüdischen Bethäuser und die brutale Behandlung ihrer jüdischen Mitmenschen. Doch sie wagten keinen direkten Widerstand gegen das Zerstörungswerk der Nationalsozialisten.<sup>4</sup> Oberlandeskirchenrat Christhard Mahrenholz, damals Mitglied der hannoverschen Kirchenregierung, berichtet in seinen Erinnerungen über die Reaktionen im Landeskirchenamt, als die benachbarte Synagoge am 9.11.1938 brannte: „Im Landeskirchenamt herrschte lähmendes Schweigen, (...) weil die Betroffenheit über diese Schandtät uns allen den Atem verschlug und den Mund verschloss. (...) Protestkundgebungen hielt niemand für ratsam, weil die Beteiligten aller Voraussicht nach sofort in ein Konzentrationslager oder in die Gestapohaft gebracht worden wären; damit würde der Sache der Kirche nicht gedient.“<sup>5</sup> Auch viele der verfolgten jüdischen Bürger und Bürgerinnen haben mutigen direkten Widerstand wohl kaum von einzelnen Christen und Christinnen erwartet. Aber sie konnten davon ausgehen, dass kirchenleitende Gremien und Personen, die wesentlich weniger gefährdet waren als einzelne Kirchenmitglieder, die Möglichkeit hatten, öffentlich Stellung zu nehmen, durch offizielle Verlautbarungen oder Predigten.

---

<sup>2</sup> Schoah (hebr.) = totale Vernichtung.

<sup>3</sup> Vgl. W. Pöhlmann, Christliche Bußpredigt im Angesicht der ‚Reichskristallnacht‘, in: Ges. f. christl.-jüd. Zusammenarbeit - Niedersachsen-Ost (Hg.), 50 Jahre danach ..., Königslutter 1989, S. 18-33, dort S. 18.

<sup>4</sup> Der Historiker Rudolf v. Thadden kommt zu dem Ergebnis, dass die „deutschen Bürger (...) zwar keineswegs mehrheitlich zustimmend, wohl aber mehrheitlich tatenlos dem grausigen Treiben zusahen“ (in: ders., Nicht Vaterland - nicht Fremde, München 1989, S. 101).

<sup>5</sup> zit. n.: Hans Weber, Vor 40 Jahren am Neustädter Markt, Hannover 1978, vervielf. Ms., o. S. Siehe auch: Gerhard Lindemann, „Typisch jüdisch“. Die Stellung der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zu Antijudaismus, Judenfeindschaft und Antisemitismus 1919-1949, Berlin 1998, dort S. 247ff.

Solche Stellungnahmen sind jedoch nicht erfolgt: „In der Öffentlichkeit hat sich keine Kirche und kein Bischof, weder in der katholischen noch in der evangelischen Kirche, gegen den Pogrom im Deutschen Reich und alle mit ihm verbundenen Verbrechen gewandt.“<sup>6</sup> In dieser Hinsicht unterschieden sich innerhalb der evangelischen Kirche auch die Kirchenleitungen der sog. intakten Landeskirchen und die Leitungsgremien der Bekennenden Kirche nicht von den deutsch-christlichen Kirchenleitungen der sog. zerstörten Landeskirchen.<sup>7</sup>

In der evangelischen Kirche hätte besonders der Bußtagsgottesdienst, der 1938 auf den 16. November fiel, die Gelegenheit geboten, deutlich Stellung zu nehmen; doch sie wurde nur von wenigen genutzt.<sup>8</sup>

Der junge Hilfspfarrer Helmut Gollwitzer gehörte zu dieser Minderheit. In seiner Bußtagspredigt in Berlin-Dahlem sagte er u. a.: „Liebe Gemeinde! Wer soll denn heute noch predigen? Wer soll denn heute noch Buße predigen? Ist uns nicht allen der Mund gestopft an diesem Tage? Können wir heute noch etwas anderes, als nur schweigen? Was hat nun uns und unserem Volk und unserer Kirche all das Predigen und Predigthören genützt, die ganzen Jahre und Jahrhunderte lang, als daß wir nun da angelangt sind, wo wir heute stehen? (...) Was muten wir Gott zu, wenn wir jetzt zu Ihm kommen und singen und die Bibel lesen, beten, predigen, unsere Sünden bekennen, so, als sei damit zu rechnen, daß Er noch da ist und nicht nur ein leerer Religionsbetrieb abläuft! Ekeln muß es Ihn doch vor unserer Dreistigkeit und Vermessenheit.“<sup>9</sup>

Auf Gollwitzers eindrucksvolle Bußtagspredigt reagierte die Historikern und Theologin Elisabeth Schmitz (1893-1977), die in Berlin als Lehrerin tätig war, mit einem bewegenden Brief, in dem sie schrieb: „Das Wort der Kirche ist nicht gekommen. Dafür haben wir das Grauenhafte erlebt und müssen nun weiterleben mit dem Wissen, daß wir daran schuld sind. Als wir zum 1. April 33 schwiegen, als wir schwiegen zu den Stürmerkästen, zu der satanischen Hetze der Presse, der Vergiftung der Seele des Volkes und der Jugend, zur Zerstörung der Existenz und der Ehen durch sogenannte ‚Gesetze‘, zu den Methoden von Buchenwald – da und tausendmal sonst sind wir schuldig geworden am 10. November 1938. Und nun? Es scheint, daß die Kirche auch dieses Mal, wo ja nun wirklich die Steine schreien, es der Einsicht und dem Mut des einzelnen Pfarrers überlässt, ob er etwas sagen will, und was. (...) Es gehen Gerüchte um (...), daß ein Zeichen an der Kleidung (der Juden – H. G.) beabsichtigt sei. Unmöglich ist nichts in diesem Lande, das wissen wir. (...) Wir haben die Vernichtung des Eigentums erlebt, zu diesem Zweck hatte man im Sommer die Geschäfte (in jüdischem Besitz – H. G.) bezeichnet. Geht man dazu über, die Menschen zu

---

<sup>6</sup> W. Pöhlmann, a.a.O., S. 19-20. S. auch: K. Meier, Kirche und Judentum, Halle 1968, S.31; E. Busch, Juden und Christen im Schatten des Dritten Reiches, München 1979, S. 43; S. Hermle, Evangelische Kirche und Judentum - Stationen nach 1945, Göttingen 1990, S. 29; H. E. Tödt, Die evangelische Kirche und der Judenpogrom im November 1938, in: R. Albertz u. a. (Hg.), Schöpfung und Befreiung, Stuttgart 1989, S. 204-219. – Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Brief Konrad Adenauers vom 23. Februar 1946 an Pastor Bernhard Custodis in Bonn. Darin heißt es u. a.: „Die Judenpogrome 1933 und 1938 geschahen in aller Öffentlichkeit. (...) Ich glaube, dass, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tag öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung. Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das kein Schade, im Gegenteil.“ (zit. n.: Georg Denzler/ Volker Fabricius, Hg., Die Kirchen im Dritten Reich, Bd. 2, Frankfurt/M. 1984, S. 255).

<sup>7</sup> Für den katholischen Bereich gilt die Feststellung von A. Faust: „Die katholische Kirche, neben Teilbereichen des evangelischen Raumes die einzige gesellschaftlich bedeutsame Gruppe, die den Gleichschaltungsdruck der Nationalsozialisten als unabhängige Institution überdauerte, fand auch jetzt kein offenes Wort des Protestes“ (in: ders., Die ‚Kristallnacht‘ im Rheinland, Düsseldorf 1987, S. 155).

<sup>8</sup> S. dazu: W. Pöhlmann, Christliche Bußpredigt im Angesicht der ‚Reichskristallnacht‘, a.a.O., bes. S. 22-33.

<sup>9</sup> Zit. n.: H. Gollwitzer, Zusage und Anspruch. Predigten, München 1954, S. 36ff.

bezeichnen, so liegt ein Schluß nah, den ich nicht weiter präzisieren möchte. Und niemand wird behaupten wollen, daß diese Befehle nicht ebenso prompt, ebenso gewissenlos und stur, ebenso böse und sadistisch ausgeführt würden wie die jetzigen. (...) Ich bin überzeugt, daß – sollte es dahin kommen – mit dem letzten Juden auch das Christentum aus Deutschland verschwindet. Das kann ich nicht beweisen, aber ich glaube es.“<sup>10</sup>

Neben Gollwitzers Predigt ist vor allem die mutige Bußtagspredigt des Pfarrers Julius von Jan aus Oberlenningen in Württemberg bekannt geworden. Von Jan predigte über Jeremia 22,29: „O Land, Land, höre des Herrn Wort!“. Er sagte u. a.: „In diesen Tagen geht durch unser Volk ein Fragen: Wo ist in Deutschland ein Prophet, der in des Königs Haus geschickt wird, um des Herrn Wort zu sagen? Wo ist der Mann, der im Namen Gottes und der Gerechtigkeit wie Jeremia ruft: Haltet Recht und Gerechtigkeit, errettet den Beraubten von des Frevlers Hand! Schindet nicht die Fremdlinge, Witwen und Waisen, und tut niemand Gewalt, und vergießt nicht unschuldig Blut! Gott hat uns solche Männer gesandt! Sie sind heute entweder im Konzentrationslager oder mundtot gemacht. Die aber, die in der Fürsten Häuser kommen und dort noch heilige Handlungen vollziehen können, sind Lügenprediger wie die nationalen Schwärmer zu Jeremias Zeiten und können nur Heil und Sieg rufen, aber nicht des Herrn Wort verkündigen. (...) Ein Verbrechen ist geschehen in Paris. Der Mörder wird seine gerechte Strafe empfangen, weil er das göttliche Gesetz übertreten hat. Wir trauern mit unserem Volk um das Opfer dieser verbrecherischen Tat. Aber wer hätte gedacht, dass dieses eine Verbrechen in Paris bei uns in Deutschland so viele Verbrechen zur Folge haben könnte? Hier haben wir die Quittung bekommen für den großen Abfall von Gott und Christus, auf das organisierte Antichristentum. Die Leidenschaften sind entfesselt, die Gebote Gottes missachtet, Gotteshäuser, die andern heilig waren, sind ungestraft niedergebrannt worden, das Eigentum der Fremden geraubt oder zerstört, Männer, die unserem Volk treu gedient haben und ihre Pflicht gewissenhaft erfüllt haben, wurden ins KZ geworfen, bloß weil sie einer anderen Rasse angehörten.“<sup>11</sup>

Wegen dieser Predigt wurde Pfarrer von Jan von SA-Männern zusammengeschlagen und nach monatelanger Haft aus Württemberg ausgewiesen. Später wurde er noch einmal zu 16 Monaten Haft verurteilt. Die württembergische Kirchenleitung setzte sich zwar für den Inhaftierten ein, weigerte sich aber, seine Predigt drucken zu lassen und sich öffentlich zu ihr zu bekennen.

Neben Gollwitzer und von Jan gab es eine unbekannte Zahl weiterer Pfarrer in verschiedenen Landeskirchen, die am Bußtag direkt oder indirekt gegen das Unrecht des Novemberpogroms Stellung bezogen, ohne dass sie mit dem Schutz durch ihre Kirchenleitung rechnen konnten.<sup>12</sup> Sie wählten biblische Lesungen und Predigttexte aus, die als Bekenntnis zu den Juden verstanden werden konnten, wie z. B. das

---

<sup>10</sup> E. Schmitz, zit. n.: Gerhard Schäberle-Koenigs, Und sie waren täglich einmütig beieinander. Der Weg der bekennenden Gemeinde Berlin-Dahlem 1937-1943 mit Helmut Gollwitzer, Gütersloh 1998, S. 203 f. S. auch: A. Pangritz, Nun ist Bußtag – und die Kirche soll schweigen? Die Reaktion von Elisabeth Schmitz auf den Novemberpogrom 1938, in: M. Gailus (Hg.), Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift gegen die Judenverfolgung, Berlin 2008, S. 163-182. Elisabeth Schmitz hatte Gollwitzer in einem Brief vom 14./15. November 1938 dringend gebeten, im bevorstehenden Bußtagsgottesdienst auf den Pogrom einzugehen und Konsequenzen für die evangelische Kirche zu nennen.

<sup>11</sup> Zit. n.: Hartmut Metzger, Kristallnacht, Stuttgart 1978, S. 44-45.

<sup>12</sup> Ihre Zahl ist nicht bekannt. Einige Beispiele sind genannt in: Eberhard Röhm/ Jörg Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3/I: 1938 -1941, Stuttgart, 1995, S. 42-92 sowie in: Heinrich W. Grosse, Die Reichspogromnacht am 9./10. Nov. 1938 und die Evangelische Kirche, in: ders. (Hg.), Bewährung und Versagen. Die Bekennende Kirche im Kirchenkampf, Berlin 1991, S. 93-128, dort S. 104-106.

Prophetenwort Sacharja 2,12: „Wer euch antastet, tastet meinen Augapfel an.“ Ungewöhnlich mutig war der katholische Dompropst Lichtenberg in Berlin: Er betete nach der Pogromnacht täglich öffentlich für die Verfolgten, bis er in Dachau in den Tod geschickt wurde.<sup>13</sup>

Die mutige – direkte oder verklausulierte – Kritik einzelner Pfarrer und kirchlicher Gruppen am Novemberpogrom kann nicht verdecken, dass das Schweigen der evangelischen wie der katholischen Kirche die Regel war. Dietrich Bonhoeffer, der in seiner Gebets- und Meditationsbibel sonst nie ein zeitgenössisches Datum neben eine Bibelstelle notiert hat, hat neben Psalm 74,8 („Sie sprechen in ihrem Herzen: ‚Lasst uns sie plündern!‘ Sie verbrennen alle Häuser Gottes im Lande“) geschrieben:

„9.11.1938!“. Die zweite Hälfte des Verses ist von ihm unterstrichen, und die beiden folgenden Verse sind mit einem Strich und einem Ausrufungszeichen am Rand versehen: „Unsere Zeichen sehen wir nicht, und kein Prophet predigt mehr, und keiner ist bei uns, der weiß, wie lange. Ach Gott, wie lange soll der Widersacher schmähen und der Feind deinen Namen so gar verlästern?“<sup>14</sup>

Dass in den evangelischen Kirchen das Schweigen zu den Pogromen am 9./10. November 1938 die Regel war, bestätigen auch Beobachtungen nationalsozialistischer Stellen. Im „Jahresbericht des Sicherheitshauptamtes des Reichsführers SS“ vom Frühjahr 1939 wurde die kirchliche Reaktion als „ziemlich zurückhaltend“ beschrieben.<sup>15</sup> Leitende Repräsentanten der evangelischen Kirche vermieden auch dann eine kritische Stellungnahme zum Novemberpogrom, wenn sie darum gebeten wurden. Der damalige Generalsekretär des Lutherischen Weltkonvents, Hanns Lilje, nach 1947 Bischof der Hannoverschen Landeskirche, befand sich während des Novemberpogroms in den USA. In einem Bericht über diese Reise schrieb er: „Eine Stellungnahme zu den Vorgängen in Deutschland, die mit der Judenfrage zusammenhängen (gemeint ist der Novemberpogrom – H. G.), habe ich selbstverständlich abgelehnt, schon deswegen, weil ich über die Vorgänge nicht unterrichtet sei und die amerikanischen Zeitungsmeldungen nicht als ausreichende Informationsquelle ansehen könne. In der Regel lautete die zweite Frage, warum die evangelische Kirche in Deutschland nicht überhaupt gegen die nationalsozialistische Regierung protestiere. Ich habe mit der Gegenfrage geantwortet, wogegen die Kirche protestieren solle, etwa gegen das Aufhören der Arbeitslosigkeit?“<sup>16</sup>

Wenige Wochen nach der Pogromnacht, am 6. Dezember 1938, reagierte die württembergische Kirchenleitung auf den Vorwurf staatlicher Stellen, die Kirche mache sich der „Judengenossenschaft“ schuldig. Die Kirchenleitung formulierte einen Erlass an die Dekanatsämter, in dem es hieß: „Im Kampf gegen die christliche Kirche ist die Behauptung von ihrer angeblichen Judengenossenschaft („Judenknecht“) die neueste Erfindung. (...) Es ist selbstverständlich, daß die Kirche, auch auf die Gefahr solcher gehässigen Missdeutung, die ihr aufgetragene Predigt nicht unterlassen darf. Es ist aber ebenso selbstverständlich, daß der Diener der Kirche bei dieser Predigt alles zu

---

<sup>13</sup> Vgl. E. Busch, Kirche und Judentum im Dritten Reich, S. 165.

<sup>14</sup> Vgl. dazu: E. Bethge, Dietrich Bonhoeffer und die Juden, in: E. Feil/ I. Tödt (Hg.), Konsequenzen, S. 197-198.

<sup>15</sup> Zit. n.: W. Pöhlmann, Die christliche Bußpredigt, a.a.O., S. 28.

<sup>16</sup> Zit. n.: W. Gerlach, Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden, Berlin 1987, S. 245.

vermeiden hat, was einer unzulässigen Kritik an konkreten politischen Vorgängen gleichkommt.“<sup>17</sup>

Am gleichen Tag schrieb der württembergische Bischof Wurm, der später so mutig gegen das sog. Euthanasieprogramm kämpfte, an den Reichsjustizminister u. a.: „Die Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November haben weite Volkskreise bis weit in die Partei hinein seelisch erschüttert und in ihren sittlichen Empfindungen verletzt. Ich bestreite mit keinem Wort dem Staat das Recht, das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen. Ich habe von Jugend auf das Urteil von Männern wie Heinrich von Treitschke und Adolf Stöcker über die zersetzende Wirkung des Judentums auf religiösem, sittlichem, literarischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet für zutreffend gehalten und vor dreißig Jahren als Leiter der Stadtmission in Stuttgart gegen das Eindringen des Judentums in die Wohlfahrtspflege einen öffentlichen und nicht erfolglosen Kampf geführt. Ich führe dies nur an, damit dem, was ich vorzubringen habe, keinerlei unzutreffende Motive unterstellt werden. (...) Ich darf aus einer langjährigen Erfahrung sagen, daß es kaum einen Stand geben dürfte, der vom spezifisch jüdischen Wesen sich so frei gehalten hat und der seine Einsatzbereitschaft für Volk und Vaterland so unter Beweis gestellt hat wie der evangelische Pfarrerstand.“<sup>18</sup>

Auch dieses Schreiben eines lutherischen Bischofs, der sich ja zur Bekennenden Kirche zählte, zeigt, dass es seitens der Kirchenleitungen kein vorbehaltloses Eintreten für die Opfer des Novemberpogroms gab. Wurms mutiger Protest gegen Rechtsbruch und Übertretung der Gebote Gottes ist seltsam verwoben mit ungebrochenem Antisemitismus.

Im Mai 1939 erklärte die sog. Kirchenführerkonferenz, zu der auch die lutherischen Bischöfe Meiser (Bayern), Marahrens (Hannover) und Wurm (Württemberg) gehörten: „Im Bereich des Glaubens besteht der scharfe Gegensatz zwischen der Botschaft Jesu Christi und seiner Apostel und der jüdischen Religion der Gesetzlichkeit und der politischen Messiashoffnung, die auch schon im Alten Testament mit allem Nachdruck bekämpft ist. Im Bereich des völkischen Lebens ist eine ernste und verantwortungsbewußte Rassenpolitik zur Reinhaltung unseres Volkes erforderlich.“<sup>19</sup> Daraufhin schrieb Pastor Karl Immer aus Barmen-Gemarke einen Brief an Bischof Marahrens und warnte ihn, auf dem „Weg der Verleugnung und des Verderbens“ weiterzugehen. „Wenn Sie schon vom jüdischen Volk sprechen, warum lassen Sie die Blutschuld vom November 1938 unerwähnt? Wenn die christliche Kirche nun der Nächste wäre dem, der unter die Räuber gefallen ist?“ Auf diese bedrängende Frage antwortete Bischof Marahrens: „In der Sache werden wir zu einer Verständigung nicht kommen.“<sup>20</sup>

Es gab jedoch unter evangelischen Christen und Christinnen nicht nur ein weitgehendes Schweigen (und in Ausnahmefällen Zeichen des Protests) in Bezug auf das Unrecht des Novemberpogroms. Es gab auch Kirchenleitungen, kirchliche Funktionäre und

---

<sup>17</sup> Zit. n.: H. Mezger, a.a.O., S. 47-48.

<sup>18</sup> Zit. n.: H. Mezger, a.a.O., S. 49 und 50.

<sup>19</sup> Zit. n.: Kirchliches Jahrbuch 1933-1944, S. 292.

<sup>20</sup> Zit. n.: G. van Norden u. a. (Hg.), Wir verwerfen die falsche Lehre, Wuppertal 1984, S. 171.

Gemeindeglieder, die dieses Unrecht öffentlich rechtfertigten und so die immer brutaler werdende Judenverfolgung aktiv unterstützten.

Dafür nur ein Beispiel<sup>21</sup>: Der Thüringer Landesbischof Martin Sasse, Mitglied der Deutschen Christen, veröffentlichte wenige Tage nach der Pogromnacht eine Schrift unter dem Titel: „Luther über die Juden: Weg mit ihnen!“ Der Schrift ist Joh. 8, 44 als Leitwort vorangestellt: „Ihr habt den Teufel zum Vater, und nach eures Vaters Gelüste wollt ihr tun. Der ist ein Mörder von Anfang an und steht nicht in der Wahrheit.“ (Übers. v. M. Luther). Die Hetzschrift beginnt mit den Worten: „Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen (...), damit (wurde) der gottgesegnete Kampf des Führers zur vollen Befreiung unseres Volkes gekrönt.“<sup>22</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Das weitgehende Schweigen der evangelischen Kirche zum Novemberpogrom war – wie auch die von Deutschen Christen (DC) geäußerte ausdrückliche Zustimmung – „von verhängnisvoller Bedeutung, weil das NS-Regime nun erprobt und ausgetestet hatte, daß es, ohne durch kirchlichen Einspruch gestört zu werden, auf dem Weg radikaler Aussonderung der Juden weitergehen konnte.“<sup>23</sup>

### 3. Ursachen und Vorgeschichte des Versagens der evangelischen Kirchen im Blick auf die Judenverfolgung

Blickt man auf die unterschiedlichen Gruppen innerhalb der evangelischen Kirche zur Zeit des Nationalsozialismus, dann war ein Eintreten für die verfolgten Juden allenfalls von Mitgliedern der Bekennenden Kirche (BK) zu erwarten, jener Minderheit der evangelischen Kirche, die gegen die nationalsozialistische Kirchenpolitik und den Irrglauben der Deutschen Christen (DC) kämpfte. Die Deutschen Christen unterstützten ja bewusst das herrschende Regime, und diejenigen, die sich als „neutrale Mitte“ verstanden, enthielten sich direkter politischer Parteinahme – also auch einer Parteinahme für die Opfer der Politik.

Warum aber schwiegen auch die Leitungsorgane der Bekennenden Kirche fast ausnahmslos zu den Ausschreitungen in der Pogromnacht? Ein entscheidender Grund war sicher die innere Krise der Bekennenden Kirche im Jahr 1938, die sie weitgehend handlungsunfähig machte;<sup>24</sup> ein weiterer die Angst vieler, die Zerstörung der Synagogen sei der erste Schritt auf dem Weg zu einer Zerstörung der christlichen Kirchen.<sup>25</sup> Die letztlich entscheidende Ursache für das schuldhafte Schweigen der meisten Christen und Christinnen ist die lange Geschichte des Antijudaismus und Antisemitismus in den christlichen Kirchen.

---

<sup>21</sup> Weitere Beispiele sind genannt in: H. Grosse, Die Reichspogromnacht, S. 108-109.

<sup>22</sup> Zit. n.: M. Ginzler, Martin Luther: „Kronzeuge des Antisemitismus“, in: H. Kremers (Hg.), Die Juden und Martin Luther - Martin Luther und die Juden, Neukirchen-Vluyn, 2. Aufl. 1987, S. 189-210, dort S. 207.

<sup>23</sup> H.E. Tödt, Die evangelische Kirche und der Judenpogrom im November 1938, a.a.O., S. 217.

<sup>24</sup> Vgl. dazu: H. Grosse, Die Reichspogromnacht, S. 110.

<sup>25</sup> W. Pöhlmann hat die Vermutung geäußert: „Nichts scheint ein entschlosseneres Wort der Kirchen mehr gelähmt zu haben, als die fast allgemeine Überzeugung, daß der Verwüstung der Synagogen der Angriff auf die Kirchen folgen würde.“ (a.a.O., S.21).- 1952 schrieb der hannoversche Stadtsuperintendent Rudolf Wolkenhaar rückblickend auf den Brand der Synagoge neben dem Landeskirchenamt: „Schrecklich klingt mir noch der dumpfe Knall der Explosion in den Ohren, durch die die Synagoge zerstört wurde – ich vergesse nicht, wie die Frage vor uns auftauchte: Wann kommen nun, nachdem man die Hand an eine gottesdienstliche Stätte gelegt hatte, unsere christlichen Kirchen an die Reihe?“ (zit. n.: Hans Weber, Vor 40 Jahren am Neustädter Markt, a.a.O., o. S.).

Seit dem 1. Jahrhundert waren in christlicher Verkündigung und Theologie „die Juden“ ja immer wieder negativ definiert worden – als die „Christusmörder“, als die „dem Fluch Gottes Verfallenen“. Diese Tradition wirkt bis in unsere Gegenwart: So erzählte mir kürzlich eine Frau, in ihrer Kindheit habe ihre Tante ihr jedes Jahr sehr eindrücklich die Passionsgeschichte vorgelesen, und sie könne sich heute noch genau daran erinnern, wie unheimlich ihr „die Juden“ waren, weil sie mit ihnen die Schuld am Tod „unseres Herrn Jesus“ verband. Wo die christliche Kirche sich als „neues Israel“ verstand, das das „alte Israel“ abgelöst habe, wo ein christlicher Ausschließlichkeitsanspruch zur Geltung gebracht wurde, da wurde letztlich dem Judentum das Existenzrecht abgesprochen.<sup>26</sup> Wo das offizielle Christentum an die Macht kam bzw. an der Macht war, wurden Juden entrechtet. Zwischen dem 4. und 16. Jahrhundert erließen nicht weniger als 92 allgemeine oder regionale Kirchenkonzile antijüdische Gesetze.<sup>27</sup> Im Blick auf die antijudaistische Tradition christlicher Theologie hat der katholische Historiker Friedrich Heer leider recht, wenn er feststellt, dass die Feuer, die im sog. 3. Reich brannten, nicht spontan entstanden, sondern „über eineinhalb Jahrtausende hin angezündet“<sup>28</sup> wurden.

Die schreckliche Wirkungsgeschichte des christlichen Antijudaismus zeigt sich auch in Martin Luthers anti-jüdischen Forderungen aus dem Jahr 1543, die sich heute wie eine Anweisung zum Novemberpogrom lesen. Luther gab den „treuen Rat“ an die Christen: „Erstlich, daß man ihre Synagogen oder Schulen mit Feuer anstecke (...); zum anderen daß man auch ihre Häuser desgleichen zerbreche und zerstöre (...); zum dritten, daß man ihnen nehme all ihre Betbüchlein und Talmudisten(...); zum vierten, daß man ihren Rabbinen bei Leib und Leben verbiete, hinfort zu lehren (...); zum fünften, daß man den Juden das Geleit und Straße ganz und gar aufhebe (...)“.<sup>29</sup>

Auch Hitler folgte der Tradition des christlichen Anti-Judaismus, wenn er in „Mein Kampf“ schrieb: „Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.“<sup>30</sup> Ein SA-Führer, der bereits 1934 im fränkischen Gunzenhausen brutale Ausschreitungen gegen ortsansässige Juden organisierte, erklärte seinen Leuten: Die Juden sind „unsere Feinde“, die „unseren Herrgott ans Kreuz genagelt haben“.<sup>31</sup> Julius Streicher, Herausgeber der antisemitischen Wochenzeitung „Der Stürmer“, NSDAP-Gauleiter für Franken und Mitglied der evangelischen Kirche, fragte 1936 bei einer Weihnachtsveranstaltung: „Wißt ihr, wer der Teufel ist?“ und 2000 Kinder brüllten zurück: „Der Jud! Der Jud!“. Am 10. November 1938 schrie er vor 100.000 Menschen in Nürnberg, einer Hochburg des Protestantismus, : „Wir glauben, daß ein Hochgericht über das Volk der Teufel kommt.“<sup>32</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. dazu: L. Siegele-Wenschkewitz, Mitverantwortung und Schuld der Christen am Holocaust, in: Ev.Th. 42. Jg. 1982, S. 171-190. - Die Auswirkungen einer solchen Beerbungstheorie sind bis in die Zeit nach 1945 zu verfolgen, auch im baulichen Bereich: In vielen Orten wurden auf dem Gelände ehemaliger Synagogen kirchliche Gebäude errichtet. Auch der 1955 begonnene Neubau des Landeskirchenamtes in Hannover wurde teilweise auf einem nach dem Krieg gekauften Grundstück errichtet, das früher zum Gelände der 1938 zerstörten Synagoge gehört hatte. S. dazu: 50 Jahre Landeskirchenamt Hannover in der Roten Reihe, Hannover 2007, S. 21.

<sup>27</sup> S. dazu: Robert R. Geis, Geschichte des christlich-jüdischen Religionsgesprächs, in: ders., Gottes Minorität. Beiträge zur jüdischen Theologie und zur Geschichte der Juden in Deutschland, München 1971, S. 165ff., dort S. 177.

<sup>28</sup> Zit. n.: W. Kraus / S. Bergler (Hg.), Die ‚Reichskristallnacht‘, 9. Nov. 1938 - 50 Jahre danach - was geht mich das an?, Neuendettelsau 1988, S. 2.

<sup>29</sup> Zit. n.: R. Rendtorff, Predigtmeditation zum 9. November 1978, in: GöPM Hef 8, 1978, S. 422. Zur Entwicklung der judenfeindlichen Positionen Luthers siehe: Heinz Kremers (Hg.), Die Juden und Martin Luther – Martin Luther und die Juden. Geschichte, Wirkungsgeschichte, Herausforderung, Neukirchen-Vluyn 1985.

<sup>30</sup> Zit. n.: W. Gerlach, Als die Zeugen schwiegen, S. 299.

<sup>31</sup> P. Reindl, Mord schon 1934, in: F. Kraft (Hg.), Kristallnacht in Bayern. Judenpogrom am 9. November 1938, München 1988, S. 28-36, dort S. 29.

<sup>32</sup> Zit. n.: P. Reindl, a.a.O., S. 28 u. S.36.

Vor und während der Zeit des Nationalsozialismus war bei den meisten Protestanten der theologische Antijudaismus verbunden mit einer von sozialen und kulturellen Neidvorstellungen und Distanzierungswünschen bestimmten Judenfeindschaft, einem sozio-kulturellen Antisemitismus. Dafür ein typisches Beispiel: Das Predigerseminar der hannoverschen Landeskirche im Kloster Loccum, Hospiz genannt, bezog seit vielen Jahren Fleisch von einem Schlachter, der Jude war. In einem an Bischof Marahrens gerichteten Brief vom 12.12.1930 bat der Senior des Hospizes im Namen aller Hospites „Euer Hochwürden ehrerbietigst, hier wirksame Abhilfe zu schaffen.“ Der junge Theologe ließ den Bischof wissen, „daß dem Hospiz der Bezug von Fleisch bei einem jüdischen Schlachter unsympathisch ist.“<sup>33</sup>

Dass judenfeindliche Parolen in kirchlichen Kreisen schon vor dem Nationalsozialismus weit verbreitet waren, zeigt auch ein Artikel des „Hannoverschen Sonntagsblatts“ aus dem Jahr 1924. Darin hieß es ausdrücklich: „Christen, kauft nicht bei Juden!“ Der Artikel schloss nach einer pseudotheologischen Begründung mit dem Ratschlag: „Also im öffentlichen Leben entschiedener Antisemitismus, im Verkehr mit dem einzelnen Juden und in der Judenmission christliche Liebe.“<sup>34</sup>

Nur eine Minderheit der Theologen, kirchenleitenden Männer und Pastoren teilte den militanten sog. Rassenantisemitismus der Nationalsozialisten, der auch in den „Richtlinien der Glaubensbewegung Deutsche Christen“ von 1932 Ausdruck fand: „Wir sehen in Rasse, Volkstum und Nation uns von Gott geschenkte und anvertraute Lebensordnungen, für deren Erhaltung zu sorgen uns Gottes Gesetz ist. Daher ist der Rassenvermischung entgegenzutreten. Die deutsche Äußere Mission ruft auf Grund ihrer Erfahrung dem deutschen Volke seit langem zu: ‚Halte deine Rasse rein!‘ und sagt uns, daß der Christus-Glaube die Rasse nicht zerstört, sondern vertieft und heiligt.“<sup>35</sup>

Dass der sog. Rassenantisemitismus des Nationalsozialismus von den meisten – in der Regel national-konservativen – lutherischen Theologen abgelehnt wurde, beweist auch die Gründung des Pfarrernotbundes: Sie erfolgte nach der Einführung des sog. Arierparagrafen im Bereich der Kirche im September 1933. Die Unterzeichner der Pfarrernotbund-Verpflichtung lehnten es ab, das vermeintliche Kriterium der Rasse zum Kriterium für die Mitgliedschaft und die Anstellungsberechtigung in der Kirche zu machen: „In solcher Verpflichtung erkläre ich, daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagrafen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.“<sup>36</sup>

Aber auch diejenigen, die mutig gegen die Einführung des sog. Arierparagrafen in der Kirche protestierten, waren in der Regel von theologischer und sozio-kultureller Judengegnerschaft geprägt. Theologen der Bekennenden Kirche wie Martin Niemöller, Hans Asmussen und Walter Künneth teilten diese Grundeinstellung mit lutherischen Bischöfen wie Hans Meiser, Theophil Wurm und August Marahrens. So hatte

---

<sup>33</sup> Demgegenüber betonte der Bischof in einem Brief vom 27.12.1930 an die Hausdame des Predigerseminars: „(...) auf der anderen Seite wird gerade ein evangelisches Kloster auch etwas von geschichtlicher Verpflichtung und Dankbarkeit wissen“ und verwies darauf, „daß meine Familie (...) jahrzehntelang durch einen jüdischen Schlachter beliefert wurde.“ (zit. n.: Jan Olaf Rüttgardt, Das Kloster Loccum im Dritten Reich, in: JGNKG, 85. Bd. 1987, S. 197-222, dort S. 206 und 207).

<sup>34</sup> Hannoversches Sonntagsblatt, 16.3.1924.

<sup>35</sup> Zit. n.: K. Meier, Kirche und Judentum, S. 82.

<sup>36</sup> Zit. n.: K. Meier, Kirche und Judentum, S. 90.

beispielsweise Hans Meiser im Jahr 1926 – damals war er Rektor des Predigerseminars Nürnberg – im Evangelischen Gemeindeblatt Nürnberg eine Artikelserie veröffentlicht unter dem Titel „Die evangelische Gemeinde und die Judenfrage“. Darin lehnte er einerseits „die widerliche Verhöhnung und niedrige Beschimpfung der Juden, wie sie uns vielfach in antisemitischen Hetzblättern begegnet,“ ab, andererseits waren seine Ausführungen geprägt von unübersehbar Antisemitismus: Es sei eine „Tatsache, daß der jüdische Geist für uns etwas Wesensfremdes hat“, es gelte sich zu schützen „gegen die von einem entarteten Judentum drohende Gefahr“, es liege „etwas durchaus Berechtigtes in der Forderung nach Reinhaltung des Blutes“.<sup>37</sup> Auch Martin Niemöller, einer der Begründer des Pfarrernotbundes, behauptete in einem Kommentar zur Notbund-Verpflichtung, dass „wir als Volk unter dem Einfluß des jüdischen Volkes schwer zu tragen gehabt haben“ und forderte „von Amtsträgern jüdischer Abstammung (...) die gebotene Zurückhaltung.“<sup>38</sup> In diesen Aussagen unterschied sich Niemöller (der später, von 1938 - 1945, als „persönlicher Gefangener Hitlers“ in KZs inhaftiert war) nicht von den Verfassern des „Erlanger Gutachtens“ zum sog. Arierparagraphen, den lutherischen Theologen Werner Elert und Paul Althaus, die statt einer Kritik eine tendenzielle Zustimmung zu dieser Rechtsbestimmung formuliert hatten.<sup>39</sup>

Wie verbreitet antijudaistische Denkmuster waren, zeigt auch die Reaktion von Vikaren des Predigerseminars in Köslin (Pommern) auf die Zerstörung der dortigen Synagoge. Leiter dieses Predigerseminars der Bekennenden Kirche war Dietrich Bonhoeffer. Ein Zeitzeuge, damals Vikar, berichtet: „Unter uns entstand (...) eine große Diskussion, wie dieser Tag (– die Zerstörung der Synagoge – H.G.) zu werten sei. (...) Einige sprachen von dem Fluch, der seit dem Kreuzestod Jesu Christi auf dem Volk der Juden läge. Hiergegen wandte sich Bonhoeffer auf das allerschärfste.“<sup>40</sup>

Die antijüdische Einstellung des Generalsuperintendenten Otto Dibelius ist wohl typisch für die Mehrheit der deutschen Protestanten zu Beginn des Jahres 1933. Nach den rechtswidrigen Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933 erklärte er: gegen „die Zurückdämmung des jüdischen Einflusses im öffentlichen Leben Deutschlands (...) wird niemand im Ernst etwas einwenden können.“<sup>41</sup> In einem an Pfarrer gerichteten Brief schrieb er: „Ich habe mich trotz des bösen Kluges, den das Wort vielfach angenommen hat, immer als Antisemiten gewußt. Man kann nicht verkennen, daß bei allen zersetzenden Erscheinungen der modernen Zivilisation das Judentum eine führende Rolle spielt. Gott segne uns Christen und unsere Osterverkündigung.“<sup>42</sup>

Als ein deutschchristlicher Kirchenvorsteher in Hannover seinen Gemeindepastor bei der Kirchenleitung anzeigte, weil der seine Zigarren in einem jüdischen Geschäft kaufte und den Hitler-Gruß mit einem betonten „Guten Abend“ erwiderte, wies der Personaldezernent des Landeskirchenamtes den Pastor an, den Hitler-Gruß zu erwidern.

---

<sup>37</sup> Zit. n.: Landeskirchliches Archiv in Nürnberg (Hg.), „wo ist dein Bruder Abel? 50 Jahre Novemberpogrom, Nürnberg 1988, S. 42 u. S. 40; s. auch: S. 12-13 sowie S. 39-45. Zu Recht konstatiert H. Baier, dass damals wohl „nur wenige Gemeindeglieder (...) mit der allgemeinen antisemitischen Tendenz der Kirche nicht einverstanden“ waren (ebd., S. 13).

<sup>38</sup> Zit. n.: G. van Norden, Wir verwerfen die falsche Lehre, a.a.O., S.166.

<sup>39</sup> Zum Text des „Erlanger Gutachtens“ siehe: E.Röhm / J.Thierfelder, Juden - Christen - Deutsche, Bd. I: 1933-1935, Stuttgart 1990, S. 212-213.

<sup>40</sup> Götz Maltusch, Beim Brand der Synagogen, in: W.-D. Zimmermann (Hg.), Begegnungen mit Dietrich Bonhoeffer, München 1964, S. 142.

<sup>41</sup> Zit. n.: K. Meier, Kirche und Judentum, S. 25f.

<sup>42</sup> Zit. n.: W. Gerlach, Als die Zeugen schwiegen, S. 42.

Es dürfe auch erwartet werden, dass Geistliche ihre Einkäufe nicht in jüdischen Geschäften tätigten.<sup>43</sup> Angesichts eines solchen gesellschaftlichen Klimas ist es nicht verwunderlich, dass nach den Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte im April 1933 in vielen Schaufenstern Schilder standen mit der Aufschrift: „Wir sind ein rein-christliches deutsches Unternehmen“!

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, „daß der angeblich biologische Begriff ‚Rasse‘ juristisch nicht anders zu fassen war als durch den Rückgriff auf die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft.“<sup>44</sup> Im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ hieß es: „Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil nichtarisch ist. Dies ist anzunehmen, wenn ein Elternteil oder Großelternteil der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört.“<sup>45</sup>

Da Wechsel des Personenstandes und der Religion erst seit 1875/76 bei den Standesämtern beurkundet wurden, wurde es zur Aufgabe von Pfarrern und Kirchenbuchführern, aus Kirchenbüchern die sog. Ariernachweise zu erstellen. Kirchliche Amtsträger trugen so zum alltäglichen Funktionieren der nationalsozialistischen „Rassenpolitik“ bei.<sup>46</sup> In einem kirchlichen Amtsblatt der Kirchenprovinz Sachsen hieß es dazu: „Man sehe auch in dieser scheinbar so bürokratischen Arbeit die Möglichkeit einer kirchlichen Werbung, und dann wird auch diese Arbeit ein Stück Gottes-Dienst.“<sup>47</sup> Die millionenfach geübte Praxis von sog. Ariernachweisen wurde von keiner kirchlichen Gruppierung ernsthaft in Frage gestellt. Dabei hätte eine Verweigerung der Kirchenleitung oder ein Generalstreik der ca. 18.000 Pfarrer ein deutliches Zeichen gegen den Rassismus des NS-Regimes setzen können.

Theologischer Antijudaismus und judenfeindliche Vorurteile auch unter vielen Mitgliedern der Bekennenden Kirche waren wohl der Grund dafür, dass selbst das mutige Barmer Bekenntnis von 1934 mit seiner Kritik am Totalitätsanspruch des Staates keine Stellungnahme gegen die Judenverfolgung enthielt.

1935 warnte der bayrische Bischof Meiser davor, sich auf der Bekenntnis-Synode in Berlin-Steglitz mit den gerade erlassenen sog. Nürnberger Gesetzen zu befassen: „Ich möchte meine Stimme erheben gegen ein selbstverschuldetes Martyrium.“<sup>48</sup>

Offensichtlich war vielen Christen und Christinnen, in den Gemeinden wie in den Kirchenleitungen, die Erhaltung der kirchlichen Organisation wichtiger als die Solidarisierung mit den jüdischen Opfern der nationalsozialistischen Politik.<sup>49</sup> Dietrich Bonhoeffer war auch in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Von ihm ist ein Wort überliefert, das wohl auf das Ende des Jahres 1935 zu datieren ist: „Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen.“<sup>50</sup>

---

<sup>43</sup> S. dazu: D. Schmiechen-Ackermann, „Kirchenkampf“ oder *modus vivendi*? Zum Verhalten von Pfarrern, Gemeinden und Kirchenleitung der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur, in: H. Grosse/ H. Otte/ J. Perels (Hg.), *Bewahren ohne Bekennen? Die Hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus*, Hannover 1996, S. 223ff.

<sup>44</sup> S. Hermlé, *Evangelische Kirche und Judentum - Stationen nach 1945*, Göttingen 1990, S. 18.

<sup>45</sup> Vgl. dazu: K. Nowak, *Das Stigma der Rasse*, in: J. Kaiser / M. Greschat (Hg.), *Der Holocaust und die Protestanten*, Frankfurt /Main 1988, S.73-99, dort S. 78.

<sup>46</sup> S. dazu: Manfred Gailus (Hg.), *Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im „Dritten Reich“*, Göttingen 2008.

<sup>47</sup> Zit. n.: H. Hohnsbein, *Haben die Kirchen wirklich geschwiegen?*, in: *Neue Stimme*, H.10/1988, S. 13.

<sup>48</sup> Zit. n.: E. Bethge, *Dietrich Bonhoeffer und die Juden*, a.a.O., S. 195.

<sup>49</sup> Vgl. H.-U. Thamer, *Protestantismus und „Judenfrage“ in der Geschichte des Dritten Reiches*, in: J.-Chr. Kaiser/ M. Greschat (Hg.), *Der Holocaust ..*, a.a.O., S. 235: „Antijudaismus und Organisationsinteresse stützten sich (...) gegenseitig“.

<sup>50</sup> Vgl. E. Bethge, *Dietrich Bonhoeffer und die Juden*, a.a.O., S. 195.

Elisabeth Schmitz, die Mitglied der Bekennenden Kirche war, gehörte zu den ganz wenigen, die deutlich eine aktive Solidarisierung mit den verfolgten Juden forderten.<sup>51</sup> In ihrer im September 1935 vorgelegten Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“<sup>52</sup> fragte Elisabeth Schmitz: „Was soll man antworten auf die verzweifelten, bitteren Fragen und Anklagen: Warum tut die Kirche nichts? Warum läßt sie das namenlose Unrecht geschehen? Wie kann sie immer wieder freudige Bekenntnisse zum nationalsozialistischen Staat ablegen, die doch politische Bekenntnisse sind und sich gegen das Leben eines Teils ihrer Glieder richten? Sollte denn alles das, was mit der heute so verachteten Humanität schlechterdings unvereinbar ist, mit dem Christentum vereinbar sein? (...) Die Kirche macht es einem bitter schwer, sie zu verteidigen.“<sup>53</sup> Elisabeth Schmitz stellte ihren Mitchristen und Mitchristinnen Fragen, die damals keiner stellte: „Warum sucht Bodelschwingh einen ‚arischen‘ Medizinalpraktikanten? Warum muß eine Stenotypistin in der Inneren Mission den Ariernachweis erbringen?“<sup>54</sup> Ausdrücklich verurteilte sie den verbreiteten theologischen Antijudaismus. „Daß es (...) in der Bekennenden Kirche Menschen geben kann, die zu glauben wagen, sie seien berechtigt oder gar aufgerufen, dem Judentum in dem heutigen historischen Geschehen und dem von uns verschuldeten Leiden Gericht und Gnade Gottes zu verkünden, ist eine Tatsache, angesichts deren uns eine kalte Angst ergreift. Seit wann hat der Übeltäter das Recht, seine Übeltat als den Willen Gottes auszugeben? Seit wann ist es etwas anderes als Gotteslästerung zu behaupten, es sei der Wille Gottes, daß wir Unrecht tun?“<sup>55</sup> Es ist in der Forschung umstritten, ob die von Elisabeth Schmitz verfasste Denkschrift den Mitgliedern der dritten altpreußischen Bekenntnissynode in Berlin-Steglitz überhaupt vorlag. Fest steht: ihre Stellungnahme wurde auf der Synode nicht verhandelt.<sup>56</sup>

Im Mai 1936 verfassten Mitglieder des entschiedenen Flügels der Bekennenden Kirche eine an Hitler gerichtete Denkschrift, in der es u. a. hieß: „Wenn (...) Blut, Volkstum, Rasse und Ehre den Rang von Ewigkeitswerten erhalten, so wird der evangelische Christ durch das erste Gebot gezwungen, diese Bewertung abzulehnen. Wenn der arische Mensch verherrlicht wird, so bezeugt Gottes Wort die Sündhaftigkeit aller Menschen. Wenn dem Christen im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhaß verpflichtet, so steht für ihn dagegen das christliche Gebot der Nächstenliebe.“<sup>57</sup> In dem für die öffentliche Kanzelabkündigung vorgesehenen Text waren die Sätze zum Antisemitismus allerdings weggelassen!

Die mutige Denkschrift vom Mai 1936 wurde von einer Schweizer Zeitung veröffentlicht, obwohl sie als interne Eingabe an Hitler gedacht war. Daraufhin wurde

---

<sup>51</sup> M. Gailus (Hg.), Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift gegen die Judenverfolgung. Konturen einer vergessenen Biografie (1893-1977), Berlin 2008.

<sup>52</sup> Der Text der Denkschrift ist dokumentiert in: M. Gailus (Hg.), Elisabeth Schmitz ..., a.a.O., S. 191-212.

<sup>53</sup> Der Text der Denkschrift ist dokumentiert in: M. Gailus (Hg.), Elisabeth Schmitz ..., a.a.O., S. 191-212.

<sup>54</sup> Denkschrift, S. 210.

<sup>55</sup> Denkschrift, S. 211.

<sup>56</sup> Hartmut Ludwig hat darauf hingewiesen, dass es auf der Synode um die Taufe von Juden ging, während es Elisabeth Schmitz in ihrer Denkschrift um die Verfolgung und Entrechtung von Menschen aus rassischen Gründen, von Menschen, die mehrheitlich gar keine Glieder der Kirche waren, ging. Sie beschränkte sich nicht auf die Christen jüdischer Herkunft, sondern nahm die Gesamtheit der rassisch Verfolgten in den Blick. - Hartmut Ludwig vertritt die These, dass die Denkschrift „den Synodalen überhaupt nicht zur Kenntnis“ kam. S. dazu: H. Ludwig, Die Denkschrift von Elisabeth Schmitz „Zur Lage der deutschen Nichtarier“, in: Manfred Gailus (Hg.), Elisabeth Schmitz ..., a.a.O., S.93-127.

<sup>57</sup> Zit. n.: Kirchliches Jahrbuch 1933-1944, S. 135.

der verantwortliche Jurist der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, Friedrich Weißler, ein sog. Nichtarier, in das KZ Sachsenhausen eingeliefert und dort zu Tode gefoltert. Ein getaufter Jude, den die Bekennende Kirche entlassen und dessen Namen sie nicht auf ihre Fürbittlisten gesetzt hatte, war der erste Märtyrer der Bekennenden Kirche!<sup>58</sup>

Überblickt man die Einstellungen und Verhaltensweisen evangelischer Christen und Christinnen in den Gemeinden wie in den Kirchenleitungen in der Zeit vor 1938, so ist ihr weitgehendes Schweigen zum Novemberpogrom 1938 nicht überraschend. Theologischer Antijudaismus und soziokultureller Antisemitismus waren im deutschen Protestantismus so verbreitet, dass es schon zu Beginn der Judenverfolgung – bei den Boykott-Aktionen im April 1933 – keinen nennenswerten kirchlichen Protest gab. Hitler konnte so „den Eindruck erhalten, daß die evangelische Kirche zwar ihre Selbständigkeit verteidigen, nicht aber gegen die Judenpolitik protestieren würde.“<sup>59</sup> Weil es seitens der Kirchen in Deutschland kein rechtzeitiges und geschlossenes Eintreten für die Verfolgten des Nazi-Regimes gab, war Widerstand in späteren Jahren – 1938 und danach – besonders schwierig und mit großen Risiken verbunden. Dass kirchlicher Widerstand gegen die Judenverfolgung aber grundsätzlich möglich und erfolgreich sein konnte, wenn er von Gemeindegliedern und Kirchenleitungen gemeinsam geübt wurde, beweist das Beispiel Dänemarks. Die dänische Bevölkerung gewährte ihren jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen Zuflucht, so dass etwa 7000 von 7500 Verfolgten gerettet wurden.<sup>60</sup>

#### 4. Die evangelischen Kirchen und die Judenverfolgung in den Jahren 1939-1945

Es ist leider nicht zu leugnen, dass die Schrecken des Novemberpogroms nur wenige evangelische Christen und Christinnen zur Buße im Sinne einer Umkehr im Denken und Handeln veranlassten.

Im Februar 1939 verabschiedeten die deutsch-christlich regierten Landeskirchen Thüringen, Mecklenburg, Anhalt und Sachsen Kirchengesetze, durch die christlich getaufte Juden von der Kirchenmitgliedschaft ausgeschlossen wurden.<sup>61</sup> Im Mai 1939 gründeten deutsch-christliche Theologen in Eisenach das „Institut zur Erforschung (und Beseitigung) des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“. Sitz des Instituts war die Wartburg! Während Juden in den Tod getrieben wurden, erklärten Theologieprofessoren die „Entjudung von Kirche und Christentum zur unausweichlichen und entscheidenden Pflicht in der Gegenwart des kirchlichen Lebens; sie ist die Voraussetzung für die Zukunft des Christentums.“<sup>62</sup>

Zwei Tage vor Weihnachten 1941 – deutsche Juden und Jüdinnen mussten inzwischen einen „gelben Stern“ tragen! – ersuchte die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei unter Berufung auf den „Durchbruch des rassischen Bewußtseins in unserem Volk“ die obersten Kirchenbehörden, „geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß die getauften

---

<sup>58</sup> S. dazu: Martin Greschat, Friedrich Weißler. Ein Jurist der Bekennenden Kirche im Widerstand gegen Hitler, in: Ursula Büttner/ ders., Die verlassenen Kinder der Kirche, Göttingen 1998, S. 86-122.

<sup>59</sup> Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd.I, Frankfurt/M. 1977, S. 353.

<sup>60</sup> Vgl. dazu: Georg Denzler/ Volker Fabricius, Die Kirchen im Dritten Reich. Christen und Nazis Hand in Hand?, Bd.I, Frankfurt/M. 1984, S. 152-153.

<sup>61</sup> Vgl. K. Meier, Kirche und Judentum, S. 35.

<sup>62</sup> Zit. n.: K. Meier, Kirche und Judentum, S. 35. S. auch: Peter von der Osten-Sacken (Hg.), Das missbrauchte Evangelium. Studien zu Theologie und Praxis der Thüringer Deutschen Christen, Berlin 2002.

Nichtarier dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinde fernbleiben.“<sup>63</sup> Das an alle Landeskirchen gerichtete Rundschreiben erging „im Einvernehmen“ mit dem Geistlichen Vertrauensrat, zu dem auch der lutherische Bischof Marahrens gehörte. Nur von ganz wenigen kirchlichen Gremien, Gemeindegruppen und Pfarrern gab es Einsprüche gegen das Rundschreiben der Kirchenkanzlei. Immerhin forderte die 2. Vorläufige Kirchenleitung, ein Organ der Bekennenden Kirche, am 5. Februar 1942 von der Kirchenkanzlei die Rücknahme des Rundschreibens vom 22. Dezember: „Wollten wir mit der Forderung der Kirchenkanzlei und des Geistlichen Vertrauensrates wirklich ernst machen und die christlichen Nichtarier aus der Gemeinschaft der Deutschen Evangelischen Kirche ausschließen, so würde sich daraus die Nötigung ergeben, sämtliche Apostel, und nicht zuletzt Jesus Christus selbst, den Herrn der Kirche wegen ihrer rassistischen Zugehörigkeit zum jüdischen Volk aus unserer Kirche zu verweisen.“<sup>64</sup>

Im Mai 1942 schrieb Marahrens an Bischof Wurm: „Das Judentum ist für uns Deutsche ohne Frage Feindvolk.“<sup>65</sup> Noch 1943, als Tausende und Abertausende in Konzentrationslagern umgebracht wurden, konnte Bischof Marahrens – unter Berufung auf die sog. Kirchenführerkonferenz – an Reichsinnenminister Frick schreiben: „Die Rassenfrage ist als völkisch-politische Frage durch die verantwortliche politische Führung zu lösen (...). Wir lehnen es als Vertreter der evangelischen Kirche bewußt ab, uns in diese Verantwortung einzumischen.“<sup>66</sup>

Es verwundert nicht, dass angesichts solch verbreiteter Obrigkeitshörigkeit und Volkstumstheologie diejenigen Männer und Frauen ihr Leben riskierten, die sich für die Opfer der NS-Politik einsetzten. Einige Christen und Christinnen mit ungewöhnlicher Zivilcourage organisierten Verstecke – auch in Pfarrhäusern, sogar in einer „Pfarrhauskette“ – und besorgten Lebensmittelkarten oder fälschten Pässe, damit die Verfolgten im Untergrund leben bzw. ins Ausland gelangen konnten. Es waren vor allem Frauen – wie Gertrud Staewen, Helene Jacobs, aber auch viele unbekannte! –, die Mut und Phantasie bei (dem Versuch) der Rettung jüdischer Frauen, Männer und Kinder bewiesen.<sup>67</sup> Vikarin Katharina Staritz in Breslau forderte die Kirchenmitglieder auf, sich in Gottesdiensten bewusst neben diejenigen zu setzen, die (ab dem 19.9.1941) einen „gelben Stern“ tragen mussten. Die Kirchenleitung distanzierte sich von dieser mutigen Frau, sie wurde von den Nationalsozialisten ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gebracht.<sup>68</sup>

Das 1938 im Auftrag der Bekennenden Kirche gegründete „Büro Pfarrer Grüber“ in Berlin, in dem bis zu 35 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig waren, ermöglichte in

---

<sup>63</sup> Zit. n.: K. Meier, Kirche und Judentum, S. 117.

<sup>64</sup> Zit. n.: E. Röhm/J. Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche, Bd. 4/I, Stuttgart 2004, S. 113.

<sup>65</sup> Zit. n.: W. Gerlach, Als die Zeugen schwiegen, S. 335-336.

<sup>66</sup> Zit. n.: E. Klee, „Die SA Jesu Christi“, a.a.O., S. 152.

<sup>67</sup> Zu Einzelheiten siehe: G. Graff u. a. (Hg.), Unterwegs zur mündigen Gemeinde. Die evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel der Gemeinde Dahlem, Stuttgart 1982, S. 116ff; W. See / R. Weckerling, Frauen im Kirchenkampf, Berlin 1984; M. Flesch-Thebesius, Zu den Außenseitern gestellt. Die Geschichte der Gertrud Staewen, Berlin 2004; G. Schäberle-Koenigs, Und sie waren täglich beieinander, a.a.O., S. 308ff; M. Greschat, „Gegen den Gott der Deutschen“ – Marga Meusels Kampf um die Rettung der Juden, in: U. Büttner / M. Greschat, Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich“, Göttingen 1998, S. 70-85.; D. Herbrecht, Die mutigen Frauen des Kirchenkampfes in einer protestantischen Männergesellschaft, in: M. Gailus/ H. Lehmann (Hg.), Nationalprotestantische Mentalitäten, Göttingen 2005, S. 341-359; P. Haigis, Sie halfen Juden. Schwäbische Pfarrhäuser im Widerstand, Berlin 2007; vgl. auch den Bericht eines geretteten jüdischen Ehepaars: M. Krakauer, Lichter im Dunkel, Stuttgart 1947 (Neuaufgabe 1975). Zur „Pfarrhauskette“ in Württemberg s.: E. Röhm/J. Thierfelder, a.a.O., Bd. 4/1, S. 182 – 212.

<sup>68</sup> Vgl. dazu: H. Erhart u. a. (Hg.), Katharina Staritz 1903-1953. Dokumentation Bd. 1, Neukirchen-Vluyn 1999.

der Zusammenarbeit mit regionalen Vertrauensstellen ca. 2000 Juden und Jüdinnen – nicht nur christlich getauften – die Auswanderung. Nach Grübers Verhaftung und der Schließung des Berliner Hauptbüros im Jahr 1941 konnte die von der Wohlfahrtsabteilung geleistete Hilfe nur noch in beschränktem Maße und im Untergrund durchgeführt werden.<sup>69</sup>

Ostern 1943 schrieb eine Gruppe evangelischer Christen und Christinnen, die sich in München traf, einen Brief an Bischof Meiser. Darin hieß es u. a.: „Als Christen können wir es nicht mehr länger ertragen, daß die Kirche in Deutschland zu den Judenverfolgungen schweigt. (...) Jeder ‚Nichtarier‘, ob Jude oder Christ, ist heute in Deutschland der ‚unter die Mörder Gefallene‘, und wir sind gefragt, ob wir ihm wie der Priester und Levit oder wie der Samariter begegnen. Von dieser Entscheidung kann uns keine ‚Judenfrage‘ entbinden. (...) Die Kirche (...) hat (...) insbesondere jenem ‚christlichen‘ Antisemitismus in der Gemeinde selbst zu widerstehen, der das Vorgehen der nichtchristlichen Welt gegen die Juden bzw. die Passivität der Kirche in dieser Sache mit dem ‚verdienten‘ Fluch über Israel entschuldigt. (...) Sie darf nicht länger versuchen, vor dem gegen Israel gerichteten Angriff sich selbst in Sicherheit zu bringen. (...) Das Zeugnis der Kirche gegen die Judenverfolgung in Deutschland (...) muß öffentlich geschehen, sei es in der Predigt, sei es in einem besonderen Wort des bischöflichen Hirten- und Wächteramtes.“<sup>70</sup> Bischof Meiser weigerte sich jedoch, den Brief an staatliche Stellen weiterzuleiten, weil er noch schärfere Maßnahmen gegen Juden und eine große Verfolgung der Kirche provozieren würde.<sup>71</sup>

Die m. W. einzige kritische Äußerung eines kirchenleitenden Gremiums zur Vernichtung der Juden aus den Kriegsjahren ist die Erklärung der 12. Preußischen Bekenntnissynode in Breslau zum 5. Gebot, die im Oktober 1943 verabschiedet wurde: „Begriffe wie ‚Ausmerzen‘, ‚Liquidieren‘ und ‚unwertes Leben‘ kennt die göttliche Ordnung nicht. (...) Das Leben aller Menschen gehört Gott allein. Es ist ihm heilig, auch das Leben des Volkes Israel.“<sup>72</sup>

Versucht man, ein Gesamturteil über die Haltung der evangelischen Kirche zur nationalsozialistischen Judenverfolgung zu gewinnen, dann wird man – wie die Synode der Rheinischen Kirche in einer Erklärung des Jahres 1980 – der „Erkenntnis christlicher Mitverantwortung und Schuld an dem Holocaust, der Verfemung, der Verfolgung und Ermordung der Juden im Dritten Reich“<sup>73</sup> nicht ausweichen können. Der traditionelle religiöse Antijudaismus und der sozio-kulturelle Antisemitismus der meisten Christen und Christinnen bereiteten den Boden für den Rassenantisemitismus der Nationalsozialisten. „Nach der Zäsur des Holocaust läßt sich die abschüssige Bahn

---

<sup>69</sup> S. dazu: Eberhard Röhm/ Jörg Thierfelder, *Juden – Christen – Deutsche*, Stuttgart 1995, Bd. 3/I, S. 93-107 und Bd. 3/II, S. 294-330. Der „Geschäftsplan des Büros Pfarrer Grüber“ sah vier Schwerpunkte vor: 1. Auswandererberatung und -vermittlung, einschließlich Kinderverschickung ins Ausland, 2. Wohlfahrtshilfe, 3. Schulische Betreuung, 4. Kirche und Seelsorge. – Heinrich Grüber wurde 1940 verhaftet und in das KZ Sachsenhausen, 1941 in das KZ Dachau verbracht. Das „Büro Pfarrer Grüber“ wurde Anfang 1941 durch die Gestapo geschlossen. Von den 35 – überwiegend jüdischen – Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern starben die meisten eines gewaltsamen Todes.

<sup>70</sup> Zit. n. W. Gerlach, *Als die Zeugen schwiegen*, S. 367-369.

<sup>71</sup> S. dazu: Walter Höchstädter, *Der Lemppsche Kreis*, in: *Ev. Th* 48.Jg., H.5/1988, S. 468-470. Dagegen nahm der württembergische Bischof Wurm in den Kriegsjahren 1941-1943 mehrmals Stellung gegen die „Vernichtungspolitik gegen das Judentum“ – aber auch hier handelte es sich stets um interne, nicht-öffentliche Eingaben. S. dazu: Kurt Meier, *Kirche und Judentum*, S. 121-123 u. S. 39-41 sowie: Siegfried Hermle, *Die Bischöfe und das Schicksal ‚nicht-arischer‘ Christen*, in: Manfred Gailus/Hartmut Lehmann (Hg.), *Nationalprotestantische Mentalitäten in Deutschland (1870-1970)*, Göttingen 2005, dort S. 263-306.

<sup>72</sup> Zit. n.: G. Denzler/ V. Fabricius, *Die Kirchen im Dritten Reich*, Bd.2, S. 186-187.

<sup>73</sup> Zit. n.: E. Brocke/ J. Seim (Hg.), *Gottes Augapfel. Beiträge zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden*, Neukirchen-Vluyn 1986, S. 239.

von der religiösen Diffamierung, der gesellschaftlichen Ächtung, dem Rassismus zur physischen Vernichtung nicht länger leugnen.“<sup>74</sup> „Die evangelische Theologie und Kirche haben sich dem Holocaust nicht in den Weg gestellt. Der Novemberpogrom 1938 war die letzte Gelegenheit dazu vor Ausbruch des Krieges mit seinen besonderen Bedingungen; und 1938 hätte nur unter großen Opfern nachgeholt werden können, was 1933 versäumt worden war.“<sup>75</sup>

Auch diejenigen, die innerhalb der Bekennenden Kirche mutigen Widerstand gegen die nationalsozialistische Kirchenpolitik und die Irrlehren der Deutschen Christen leisteten, „waren kaum darauf vorbereitet, rechtzeitig und eindeutig für die verfolgten Juden einzutreten. Der bewundernswerte Einsatz einzelner verdeckt gerade nicht, sondern ist in sich selbst ein Hinweis darauf, daß die Kirche vor der ‚Judenfrage‘ kapitulierte.“<sup>76</sup> Schließlich ist nicht zu bestreiten, dass die Solidarität von Kirchenmitgliedern fast ausschließlich auf christliche Jüdinnen und Juden beschränkt war – aber auch diese Minderheit wurde in der Regel im Stich gelassen.<sup>77</sup> Zu einer grundsätzlichen Solidarität der Kirche mit den verfolgten jüdischen Menschen insgesamt kam es nicht. Mit Bitterkeit bemerkte der amerikanische Rabbiner Irving Greenberg zum Verhalten der Kirchen: „During the Holocaust, many (most?) of the church’s protests were on behalf of Jews converted to Christianity. Consider what this means. It is not important to protest the murder of Jews; only if a person believes in Jesus Christ as Lord and Saviour is there a moral need to protest his fate.“<sup>78</sup>

Schon 1940 formulierte Dietrich Bonhoeffer gleichsam stellvertretend für seine Kirche ein Schuldbekenntnis, in dem es u. a. hieß: Die Kirche „war stumm, wo sie hätte schreien müssen, weil das Blut der Unschuldigen zum Himmel schrie. (...) Sie hat es mitangesehen, daß unter dem Deckmantel des Namens Christi Gewalt und Unrecht geschah. (...) Die Kirche bekennt, die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Haß und Mord gesehen zu haben, ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zu Hilfe zu eilen. Sie ist schuldig geworden am Leben der Schwächsten und Wehrlosesten Brüder Jesu Christi.“<sup>79</sup> (...) Die Kirche bekennt, Beraubung und Ausbeutung der Armen, Bereicherung und Korruption der Starken stumm mit angesehen zu haben. Die Kirche bekennt, schuldig geworden zu sein an den Unzähligen, deren Leben durch Verleumdung, Denunziation, Ehrabschneidung vernichtet worden ist.“<sup>80</sup>

---

<sup>74</sup> Zitat aus dem Beschluss der Landessynode der Ev. Kirche im Rheinland vom 15.1.1988, in: Ev. Kirche im Rheinland (Hg.), „Die Synagoge brennt“, S. 4.

<sup>75</sup> H.-E. Tödt, Die evangelische Kirche und der Judenpogrom im November 1938, a.a.O., S. 217.

<sup>76</sup> W. Huber, Die Kirche vor der ‚Judenfrage‘, a.a.O., S. 73.

<sup>77</sup> S. dazu: Hermann Düringer/ Hartmut Schmidt (Hg.), Kirche und ihr Umgang mit Christen jüdischer Herkunft während der NS-Zeit – dem Vergessen ein Ende machen, Frankfurt/M. 2004.

<sup>78</sup> Irving Greenberg, Cloud of Smoke. Pillar of Fire. Judaism, Christianity and Modernity after the Holocaust, in: Eva Fleischner, ed., Beginning of a New Era? Reflections on the Holocaust, New York 1974, dort S. 47. (Deutsche Übersetzung: „Während des Holocaust bezogen sich viele (die meisten?) kirchliche(n) Proteste auf zum Christentum übergetretene Juden. Bedenken Sie, was das bedeutet: Es ist nicht wichtig, gegen den Mord an Juden zu protestieren; nur wenn eine Person an Jesus Christus als Herrn und Erlöser glaubt, gibt es eine moralische Notwendigkeit, gegen ihr Schicksal zu protestieren.“)

<sup>79</sup> D. Bonhoeffer, Ethik (DBW, 6), München 1992, S. 129 und 130. Die Worte „Brüder Jesu Christi“ sind von Bonhoeffer später zugesetzt, vermutlich um den Hinweis insbesondere auf die Juden unübersehbar zu machen.

<sup>80</sup> D. Bonhoeffer, Ethik (DBW 6), S. 131.

## 5. Folgerungen

Welche Lehren und Folgerungen für die Gegenwart ergeben sich aus dem Versagen der evangelischen Kirchen angesichts der Judenverfolgung im Nationalsozialismus? Mit den folgenden Thesen möchte ich versuchen, eine Antwort auf diese Frage zu geben:

1. Die christlichen Kirchen müssen sich von jeglichem Anti-Judaismus in ihrer Theologie und Verkündigung befreien.<sup>81</sup> Christen und Christinnen müssen mit jenen unheilvollen Denktraditionen brechen, die davon ausgehen, dass ein Fluch auf dem zu Recht gestraften jüdischen Volk liege und die Kirche als das „neue Gottesvolk“ das „alte Gottesvolk“ Israel abgelöst habe. Sie müssen der Versuchung widerstehen, ihre deutsche oder christliche Identität auf Kosten jüdischer Menschen zu gewinnen. Bibeltexte, die in ihrer Aussage oder in ihrer Wirkungsgeschichte judenfeindlich sind bzw. gebraucht worden sind, sind – wenn überhaupt – verantwortlich nur mit einer kritischen Stellungnahme zu verwenden.
2. Christen und Christinnen müssen am Universalismus des Evangeliums festhalten, indem sie sich an der grenzenüberschreitenden Liebe Jesu orientieren und einem falschem Partikularismus widerstehen, bei dem „Nation“, „Staat“, „Rasse“, „Blut“ oder „ethnische Zugehörigkeit“ zu letztgültigen Werten werden.
3. Angesichts der ungeheuerlichen Auswirkungen der Schoah (des Holocaust) müssen Christen und Christinnen in Deutschland sich bemühen, das wieder existierende kulturelle und religiöse Leben jüdischer Menschen im eigenen Land wahrzunehmen und die Begegnung mit ihm zu suchen. Das jüdische Leben der Gegenwart zu übersehen, hieße (ungewollt) den Zielsetzungen des Nationalsozialismus historisch zum Recht zu verhelfen.
4. Kirche muss „Kirche für andere“ (D. Bonhoeffer) sein. Sie darf ihr Interesse nicht vorrangig auf ihre organisatorische Selbsterhaltung ausrichten oder gar beschränken. Im Kampf für die Menschenrechte benachteiligter und unterdrückter Gruppen muss sie „Stimme derer sein, die keine Stimme haben“ (M. L. King).
5. Eine angeblich unpolitische oder neutrale Kirche ist weder unpolitisch noch neutral. Sie ist politisch insofern, als sie indirekt die jeweils Mächtigen unterstützt. Kirchen können durch vermeintliche politische Neutralität schuldig werden.
6. Verletzungen der Menschenrechte, Akte des Unrechts müssen konkret benannt werden. Eine Kirche, die sich auf allgemeine Äußerungen beschränkt, kann nicht prophetisch sein.
7. Bei systematischer oder drastischer Verletzung der Menschenrechte von einzelnen oder Gruppen wird politischer Widerstand zur ethischen Pflicht. In solchen Situationen ist Gehorsam gegenüber der „Obrigkeit“, den Regierenden, christlich gesehen Sünde, keineswegs eine christliche Tugend.
8. Gegenüber keiner gesellschaftlichen Gruppe darf religiöse Diffamierung, gesellschaftliche Ächtung oder rassistisches Verhalten zugelassen werden. Wenn Menschen diskriminiert werden und ihre Menschenwürde nicht geachtet wird, gilt:

---

<sup>81</sup> Drei Beispiele für antijudaistische Äußerungen von kirchenleitenden Gremien bzw. Personen in den ersten Jahren nach 1945, nach der Shoa, habe ich aufgeführt in meinem Aufsatz: „Tu deinen Mund auf für die Stummen!“ Dietrich Bonhoeffers Kampf gegen Judendiskriminierung und -verfolgung (in diesem Band). S. dort den 6. Abschnitt, Anm. 147.

„Wehret den Anfängen!“. Andernfalls kann es zu spät sein für wirksamen politischen Widerstand.



